

Die Stadtgemeinde Horn will „vorsichtig kalkulieren“

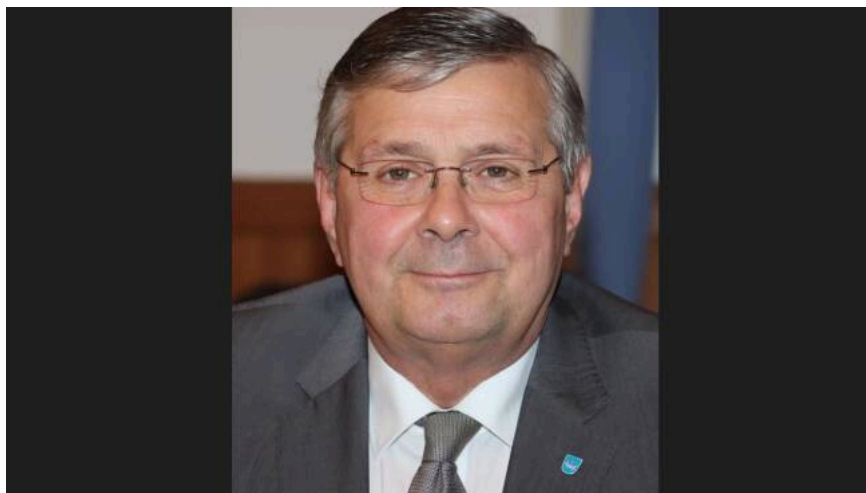
ERSCHEINT AM 07. DEZEMBER 2025 | 10:00

ANMELDEN, UM ARTIKEL ZU SPEICHERN

HORN



Edith Hofmann



Vizebürgermeister Heinrich Nagl blickt zuversichtlich auf die Finanzen der Stadtgemeinde Horn.

(FOTO: Rupert Kornell)

SAG UNS DEINE MEINUNG!

Nach Sitzungsunterbrechung wegen eines Übertragungsfehlers wurde der Voranschlag für das Jahr 2026 mit 19 Stimmen, drei Gegenstimmen und vier Enthaltungen angenommen. Massive Kritik am Voranschlag kommt von den Grünen.

Eine umfangreiche Tagesordnung hatte der Horner Gemeinderat abzuarbeiten. Ein zentraler Punkt - der Voranschlag für 2026 sowie der 2. Nachtragsvoranschlag 2025- sorgten vorerst einmal für eine Unterbrechung der Sitzung.

Der Grund dafür: Gemeinderat Dieter Schewig (Grüne) wies darauf hin, dass die im Beschlussantrag des Stadtrates angeführten Zahlen nicht jenen des ausgesendeten Entwurfes des 2. Nachtragsvoranschlages entsprechen. Nach Beiziehung des Kassenverwalters hat dieser bestätigt, dass bei der Erstellung des Beschlussantrages

versehentlich die Zahlen des Voranschlags 2025 übertragen wurden. Nach Berichtigung der Zahlen wurde die Sitzung dann fortgeführt.

Der Schuldenstand der Stadtgemeinde stellt sich wie folgt dar: Zum 31. Dezember 2024 betrug er 14.066.000 Euro (Zahlen gerundet). Für den 31. Dezember 2025 ist im 2. Nachtragsvoranschlag ein Schuldenstand von 14.414.900 Euro vorgesehen. „Dieser Anstieg ist auf die Zuzählung von Darlehen für den Wasserleitungs- und Kanalbau in Doberndorf zurückzuführen“, erläutert Vizebürgermeister Heinrich Nagl die Zahlen.

Nagl: „Erste Effekte sichtbar“

Die Aufnahme eines neuen Darlehens sei derzeit nicht erforderlich. „Für 2026 sind Tilgungen in Höhe von rund 1,196 Millionen Euro vorgesehen, wodurch der Schuldenstand weiter reduziert wird“, so Nagl weiter. Dies wird im Voranschlag 2026 mit einem Schuldenstand von 13.059.100 Euro ausgewiesen.

Zu den größten laufenden Ausgaben zählen verpflichtende Umlagen wie die NÖKAS-Umlage (Krankenanstalten) 2.614.000 Euro oder die Sozialhilfe-Umlage: 1.922.000 Euro.

Im Investitionsbereich sind unter anderem Beträge für Digitalisierung/Elektronischer Akt (40.000 Euro), Straßenbau (167.400 Euro), Wasserleitungsbau (63.500 Euro) und Kanalbau (132.000 Euro) vorgesehen.

„Erste Effekte des Konsolidierungskonzeptes sind im Voranschlag 2026 bereits sichtbar“, bezieht sich Nagl auf die Neuorganisation der Verwaltung des Parkdecks, die Erscheinung der Stadtnachrichten (nur mehr viermal pro Jahr) oder die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED. „Wichtig ist dabei: Das Konzept ist kein starres Paket. Es wird laufend weiterentwickelt, viele Maßnahmen greifen erst 2026. Wie sich die Einnahmen und die Gebührenerhöhungen tatsächlich auswirken, wird sich im kommenden Jahr zeigen – deshalb wurde im Voranschlag bewusst vorsichtig kalkuliert“, stellt der Vizebürgermeister fest.

Dieter Schewig (Grüne) kann Zuversicht nicht teilen

Massive Kritik am Voranschlag kommt von Dieter Schewig von den Grünen. Neben inhaltlicher Kritik gehe es ihm auch um den Ablauf. Denn Schewig hat – wie es jedem Gemeindegänger zusteht – in der Begutachtungsfrist des Voranschlags eine Stellungnahme dazu abgegeben, in der er seine inhaltliche Kritik anführte. Bürgermeister Gerhard Lentschig monierte, dass diese Stellungnahme erst am letzten Tag der Frist abgegeben worden sei, daher keine Zeit geblieben sei, sie inhaltlich zu analysieren. Eine Antwort, die bei Schewig Kopfschütteln auslöste. „Auch der letzte Tag der Frist ist in der Frist“, ärgert er sich gegenüber der NÖN. Zudem sei auch der Voranschlag am letzten möglichen Tag den Gemeindegängern zur Ansicht übermittelt worden. Und laut Gemeindeordnung hätte es zwischen Ende der Frist für die Stellungnahme und der Gemeinderatssitzung noch eine Stadtratssitzung geben müssen, um das Thema zu behandeln. „Die wurde aus Termingründen aber schon vor dem Fristende angesetzt“, zeigt Schewig auf.

Zur inhaltlichen Kritik: „Der mittelfristige Finanzplan lässt vermuten, dass es bis 2030 zu einem kontinuierlichen Schuldenabbau kommt. Jedoch: Wie außer mit neuen Schulden (die jedoch nicht dargestellt sind) können die Abgänge gedeckt werden?“, fragt Gemeinderat Schewig und setzt fort: „Die im Haushaltskonsolidierungskonzept geäußerte Zuversicht, dass mit dessen Umsetzung die mittel- bis langfristige Stabilität des Gemeindebudgets gewährleistet sein soll, kann ich dem Voranschlag 2026 nicht entnehmen.“ Im Gegenteil: Das Nettoergebnis des Stadthaushalts weise ab 2027 ein kontinuierlich wachsendes Defizit aus, das sich bis 2030 auf ein Minus von über 6 Millionen Euro summiert. Es sei aus dem vorgelegten Budget nicht ersichtlich, wie dieses Defizit gedeckt werden soll.

Weiters befürchtet er, dass künftig auf Investitionen verzichtet werde: „Wenn wir Straßen und Gebäude nicht laufend warten und instandsetzen, droht ein laufender Wertverlust der Infrastruktur.“

Sowohl der Nachtragsvoranschlag 2025 als auch der Voranschlag 2026 wurde mit 19 Ja-Stimmen angenommen. Vier Enthaltungen gab es jeweils von der FPÖ, drei Gegenstimmen von Grünen und NEOS. Bei der Sitzung entschuldigt waren Stadträtin Maria van Dyck (ÖVP) sowie Johanna Leithner (SPÖ) und Bettina Schartner (FPÖ).

HEINZ NAGL DIETER SCHEWIG GERHARD LENTSCHIG GRÜNE HORN STADTGEMEINDE HORN
KONSOLIDIERUNGSGEMEINDE VORANSCHLAG 2026 GR HORN